

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 86 (1992)
Heft: 3

Rubrik: Zeichen der Zeit : Markt-Totalitarismus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

Markt-Totalitarismus

Wer sich vom Umbruch in den ehemals «realsozialistischen» Ländern Demokratisierung und Verwirklichung der Menschenrechte erhofft hat, nimmt verwundert oder auch bestürzt zur Kenntnis, dass die dort Regierenden – von Polens Walesa bis Russlands Jelzin – erneut mit autoritären Herrschaftsformen kokettieren. Autoritäre Regime seien zur Einführung der sog. Marktwirtschaft leider notwendig, meinen aber auch westliche Ökonomen, denen Kapitalismus offenbar mehr bedeutet als Demokratie. Aufhorchen lässt vor allem ein Referat, das der Wirtschaftsredaktor der NZZ, Gerhard Schwarz, in Prag (!) gehalten und in der Ausgabe vom 11./12. Januar 1992 unter dem Titel «Mit Autorität zu einer freien Ordnung» veröffentlicht hat.

«Mit Autorität zu einer freien Ordnung»

Der Politökonom unseres Weltblattes nimmt Abschied von der «bequemen» These, «Marktwirtschaft und Demokratie gehörten zusammen wie Zwillinge». Herr Schwarz nennt dafür Beispiele: Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan. Besonders angetan zeigt er sich von Chile, das «seinen Weg zu Marktwirtschaft und Wachstum, ja zu dem wirtschaftspolitischen Modellfall Lateinamerikas, einer brutalen Diktatur» verdanke. Auch Ludwig Erhard «wäre wohl chancenlos geblieben, hätte er sich nicht auf die Macht der Alliierten stützen können».

Was die Linke am Kapitalismus schon immer kritisierte, wird nun nicht mehr schamhaft verdrängt, sondern schamlos offengelegt: Wenn eine Demokratie nicht bereit ist, sich der sog. Marktwirtschaft zu unterwerfen, dann muss nicht die Marktwirtschaft hinterfragt werden, sondern die Demokratie. Die jüngste Probe aufs Exempel liefert der «ordnungspolitische System-

wechsel» in Ostmitteleuropa. Demokratie als «Ordnung des Kompromisses» steht diesem «Systemwechsel» offensichtlich im Wege. Grund genug für Gerhard Schwarz, «autoritäre Regime» zu rechtfertigen, die «kompromisslos agieren» können. «Beim Systemwechsel läuft der wirtschaftspolitische Kompromiss permanent Gefahr, in einen zum Scheitern verurteilten *«Dritten Weg»* zwischen Plan und Markt zu münden.»

Fehlt es an der kapitalistischen Kombination von Markt und Privateigentum, dann fehlen diesen Neoliberalen auch die Voraussetzungen für Demokratie und Menschenrechte. Eine Gesellschaft, die so vermessen wäre, einen freiheitlichen Sozialismus zu verwirklichen bzw. einen «Dritten Weg» zu gehen, müsste schleunigst ihrer demokratischen Flausen entwöhnt, durch eine *Erziehungsdiktatur* wieder kapitalkompatibel gemacht werden. Die «beste aller Welten» bedarf autoritärer Nachhilfe, solange es noch solidarische Menschen gibt, die nicht bereit sind, in vorseilendem Gehorsam den Kapitalismus als «Ende der Geschichte» zu akzeptieren.

Woher weiss der Verfasser überhaupt, dass ein «Dritter Weg» zwangsläufig «zum Scheitern verurteilt» ist? Er beruft sich auf eine allmächtige «Sachlogik». So ist es immer, wenn Politik im Namen einer *absoluten Wahrheit* betrieben wird. Ob mittelalterlicher Inquisitions-Katholizismus oder Faschismus, ob «real existierender Sozialismus» oder nun auch neoliberaler Marktradikalismus, immer geht es solchen «Ismen» um eine absolute Wahrheit (der Wissenden oder Gläubigen), die sich nicht mit Demokratie verträgt, da Demokratie auch andern Vorstellungen (der Unwissenden oder Ungläubigen) zum Durchbruch verhelfen könnte. Was insbesondere dem «realen Sozialismus» vorgeworfen wurde: er experi-

mentiere mit den Menschen, wolle diese gegen ihren eigenen Willen zum Glück zwingen, verletze im Namen der «Wissenschaft» Demokratie und Freiheit – das wiederholt sich nun als Ideologie des totalen und darum auch totalitären Marktes.

Selbst wenn diese Neoliberalen recht hätten, warum vergessen sie den nicht minder liberalen Grundsatz, dass *Wahrheit nur in Freiheit* gedeihen kann? Warum überlassen sie es nicht der Demokratie, mit Versuch und Irrtum (trial and error) der Wahrheit näherzukommen? Es gibt ihn nicht, den «sanften Autoritarismus», mit dem Herr Schwarz seine These verharmlost. Ist Demokratie ausser Kraft gesetzt, geht es regelmässig nicht ohne Unterdrückung, Folter und Mord. Sind sie die kleineren, die «sanfteren» Übel als das Fehlen des totalen Marktes? Seltsam, die Frage der Menschenrechte kommt in diesem NZZ-Pamphlet wider die letzten Reste bürgerlicher Humanität nicht einmal mehr vor.

Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie?

Dem naheliegenden Vorwurf der *Faschismusnähe* sucht sich Herr Schwarz mit der Feststellung zu entziehen, «dass die Marktwirtschaft selbst ein noch so autoritäres Regime mit der Zeit unweigerlich unterminiert und zur Demokratie führt». Um der Demokratie willen soll also zeitweilig auf Demokratie verzichtet werden. Demokratie wird nur solange akzeptiert, als sie sich marktkonform verhält. Das Volk muss notfalls durch Diktatur dazu gebracht werden, von der Demokratie endlich den unkritischen Gebrauch zu machen, der es den Herrschenden erlaubt, auf diktatorische Methoden zu verzichten. Demokratie verkommt so zur Schönwetterideologie des Kapitalismus. Nur, eine Demokratie auf Abruf ist keine mehr.

Nicht weniger entlarvt sich die *Sprachregelung*, die der Diktatur des Marktes mit der Diktatur des Staates den Weg bereiten will. Wenn es nach Herrn Schwarz geht, ist diese Diktatur des Staates nicht «totalitär», sondern «autoritär». Hingegen könne «eine Herrschaft der Mehrheit *durchaus totalitäre* Züge annehmen – etwa wenn diese Mehrheit konfiskatorische Steuern beschliesst, die

von einer Minderheit zu bezahlen sind». Das heisst wohl: Demokratie im Dienste der sozial gerechten Umverteilung von oben nach unten ist totalitär. Nicht totalitär, sondern allenfalls «nur» autoritär ist dagegen die vom Staat über «marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen» erzwungene Umverteilung von unten nach oben. Von «*sozialer Marktwirtschaft*» wollen die Epigonen des Theoretikers der radikalen Marktwirtschaft Friedrich August von Hayek ja partout nichts wissen. Klartext wider eine Sozialethik des Marktes steht im Bericht von der Prager Tagung, an der Schwarz sein Referat gehalten hat: «So wichtig die Moral der Freiheit ist, so gefährlich und problematisch ist es, wenn eine *Moral der sozialen Gerechtigkeit* den Reformprozess zu sehr beeinflusst» (NZZ, 7.11.91).

Noch vor dem Ende des «realen Sozialismus» liess die NZZ den ehemaligen Prager Reformkommunisten *Ota Sik* schreiben, ein Systemwechsel in Richtung Marktwirtschaft sei ohne «starkes und anhaltendes Vertrauen der Bevölkerung», folglich «ohne echte Demokratisierung des politischen Systems und ohne völlige Informationsfreiheit nicht möglich» (14.8.89). Jetzt, nach dem Ende des «realen Sozialismus», verkündet die NZZ, es gebe *Wichtigeres als Demokratie*. Unter dem «Kommunismus» konnte die Verletzung der Menschenrechte nicht genug angeprangert werden. Jetzt heiligt der gute Zweck der Marktwirtschaft das undemokratische und menschenrechtswidrige Mittel der «autoritären Diktatur».

Aus dem ideologischen Blickwinkel der NZZ muss naiv gewesen sein, wer sich für «Glasnost» und «Perestroika» eingesetzt, gar Gorbatschows historischem Satz applaudiert hat: «Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen.» Nicht weniger naiv ist, wer heute glaubt, das Rezept einer radikalen Deregulierung der Wirtschaft durch eine autoritäre Regulierung der Politik könnte nicht auch den westlichen Demokratien den Garaus machen.